

Ordnungen treffen. Die Besatzungsbehörden in Westberlin sind für den gesamten Berliner Auslandsverkehr verantwortlich. Sie üben die oberste Gewalt über die Westberliner Polizei aus, geben Anordnungen und kontrollieren die Besetzung der Posten in der Polizei. Sie sind verantwortlich für die wirtschaftliche Struktur Westberlins und kontrollieren das sogenannte Flüchtlingswesen. Das Besatzungsrecht besagt, daß die Westmächte in Westberlin als Besatzungsorgane ohne Zustimmung des Senats bestimmte Gesetze und Verordnungen aufheben können. Sie können also nach eigenem Belieben das Westberliner Recht ändern, und die Westberliner Verwaltungsorgane sind zur uneingeschränkten Auskunft und Information gegenüber den amerikanischen, englischen und französischen Besatzungsorganen verpflichtet.

In Westberlin herrscht fünfzehn Jahre nach dem Kriege noch vollständige Fremdherrschaft, vollständiges Besatzungsrecht. Sie benutzen das Besatzungsrecht, um in Westberlin ihre Spionagezentralen zu konzentrieren und von Westberlin aus den Kampf gegen die DDR, die Sowjetunion usw. zu organisieren. Zum Beispiel haben uns diese amerikanischen Offiziere, die ein unfreiwilliges Rendezvous mit unseren Staatssicherheitsorganen hatten, Karten der DDR mit wichtigen Einzeichnungen, die für uns sehr interessant waren, übergeben. Diese amerikanischen Offiziere arbeiten mit ihrer Leitung in Westberlin; sie hatten ihre Aufträge von der dortigen Spionagezentrale. Von dort aus wurde die Auswahl der Stützpunkte und anderer Positionen vorgenommen, die die Amerikaner in der Deutschen Demokratischen Republik zu organisieren beabsichtigten. Niemand kann das anders bezeichnen als eine Form der USA-Aggression gegen den Frieden in Deutschland und gegen die friedliche Arbeiter- und Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik! Jeder versteht, daß die Erhaltung des Friedens davon abhängig ist, daß diese amerikanischen Vorrechte beseitigt werden, daß die USA Westdeutschland freigeben und die amerikanischen Besatzungstruppen aus Westdeutschland entfernt werden, daß das Besatzungsstatut in Westberlin aufgehoben wird und dort wirklich friedliche, demokratische Verhältnisse hergestellt werden.

Was ist das für eine lächerliche Argumentation, die Frage allgemeiner Wahlen in Deutschland zu stellen, wo noch nicht einmal die amerikanischen Truppen aus Westdeutschland und Westberlin entfernt und ihre Stützpunkte beseitigt sind? Wollen die Bonner Herren unter dem Druck amerikanischer oder westdeutscher Atombomben und unter militaristischer Herrschaft etwa Wahlen? Solange der deutsche Militarismus nicht gebändigt ist, kann von freien Wahlen keine Rede sein. Diese ganze Propaganda ist doch lächerlich!

Es ist deshalb notwendig, daß wir in Westberlin alle Anstrengungen unternehmen, um auch die Westberliner Bevölkerung dafür zu gewinnen, sich dafür einzusetzen, daß erstens in Westberlin keine Raketenwaffen stationiert werden, Westberlin nicht an den Rüstungen Westdeutschlands teilnimmt und keine Rekrutierung von Truppen in Westberlin durchgeführt werden darf. Die Rekrutierung geschieht dort in der Form, daß man die Werbung von Jugendlichen auf „freiwilliger“ Basis organisiert, indem ihnen gesagt wird: „Wenn du zur NATO-Armee nach Westdeutschland gehst, kannst du dann im Betrieb Weiterarbeiten. Wenn du nicht zur NATO-Armee gehst, wirst du entlassen und kannst in keinem Betrieb Unterkunft finden!“ Wenn der betreffende Jugendliche dann im amerikanischen Flugzeug nach Westdeutschland abtransportiert worden ist, entzieht man ihm das Westberliner Bürgerrecht und trägt ihn als Bürger der westdeutschen Bundesrepublik ein. So wird das gegenwärtig gemacht!

Ist es nicht an der Zeit, der Westberliner Bevölkerung die Wahrheit darüber zu sagen, daß Westberlin bereits in die Klauen des westdeutschen Militarismus geraten ist? Gegen diese Rekrutierung muß der Kampf geführt und die